



Neue internationale Studie: Die Welt muss mehr für Familien tun

13.02.13



Damit es Kindern gutgeht, muss es auch Eltern gutgehen. Das ist das Ergebnis einer neuen internationalen Studie. Foto: dpa bildfunk

"Millionen Kinder können ihr Potenzial nicht voll entfalten"

Regierungen in aller Welt sollten die Rahmenbedingungen für Familien verbessern, damit sich Kinder voll entfalten können. Zu diesem Schluss kommt eine internationale Analyse des World Policy Analysis Center, das nach eigenen Angaben die rechtlichen Grundlagen und die Familienpolitik der Regierungen von insgesamt 191 Ländern verglichen hat. Es ging unter anderem um Armut, Diskriminierung, Bildung, Gesundheit, Kinderarbeit und Kinderehen.

"Millionen Kinder in aller Welt werden durch die Verhältnisse in ihren Ländern daran gehindert, ihr volles Potenzial zu entfalten", konstatieren die Autoren. Die in jungen Jahren gelegten Grundlagen seien aber besonders wichtig für den späteren Erfolg.

In der Studie 'Changing Children's Chances' werden Regierungen aufgefordert, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, etwa durch Mindestlöhne, bezahlten Mutterschutz, kostenlose Bildung für Kinder oder Einschränkung der Kinderarbeit in besonders armen Ländern. Kinder sollten auch dort Schulen besuchen können.



Obama ruft zum Kampf gegen den Klimawandel Rede zur Lage der Nation

Die Situation der Eltern wirkt sich der Studie zufolge auf das Wohlergehen des Nachwuchses aus. Ein bezahlter Mutterschutz habe sich inzwischen fast überall durchgesetzt, nur acht der 191 untersuchten Länder hätten keine entsprechende Regelung – darunter auch die USA. Berufstätige Eltern müssten unterstützt werden, etwa durch die Einführung von Mindestlöhnen und die Bereitstellung von Tagesstätten und anderen Arten der Kinderbetreuung.

Das an der renommierten University of California, Los Angeles (UCLA) angesiedelte Zentrum will Führungskräfte anhand der länderübergreifenden Analyse von Daten bei der Lösung von Problemen unterstützen. Dies gilt für Fragen auf örtlicher, nationaler und internationaler Ebene.

In der Studie werden Regierungen auch daran erinnert, bereits gemachte Zusagen zum Wohle von Kindern einzuhalten. Entscheidungsträger werden aufgerufen, unter anderem möglichst für eine kostenlose Schulbildung auch in der Sekundarstufe zu sorgen. Das Mindestheiratsalter für Jungen und Mädchen sollte angeglichen werden, damit Mädchen nach Möglichkeit nicht zu früh verheiratet werden. In 54 der untersuchten Länder dürften Mädchen beispielsweise drei Jahre früher heiraten als Jungen, was oft dazu führe, dass sie ohne Abschluss von der Schule gingen.